



**Bayerischer Handwerkstag**

**Statement von Herrn Heinrich Traublinger, MdL, Präsident des  
Bayerischen Handwerkstages, anlässlich der Pressekonferenz  
am 10. Februar 2003 in München**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Bayerischer Handwerkstag \* Max-Joseph-Straße 4 \* 80333 München  
Tel. 089/557501  
Fax 089/557522  
Internet: <http://www.handwerk-bayern.de>

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch meinerseits ein herzliches Willkommen und vielen Dank für Ihr Interesse an der heutigen Demonstration in München. Heute geht u.a. auch das Handwerk auf die Straße, um seinem Unmut über Steuer- und Abgabenbelastung und die überbordende Bürokratie Luft zu machen. Sie können mir glauben, dass es gerade einem Handwerksmeister schon sehr „nass nei gehn“ muss, wenn er Werkstatt oder Baustelle verlässt, um zu demonstrieren. Und das nicht allein, sondern auch mit seinen Mitarbeitern. Wir mussten übrigens auch gar nicht groß zu dieser Demonstration auffordern, die Forderung, den Unmut der Wirtschaft auf die Straße zu tragen, kam von der Basis.

Wie groß der Leidensdruck gerade im Handwerk ist, zeigt die Entwicklung unseres Wirtschaftszweiges im vergangenen Jahr. Der Umsatz sank real um 5,5 Prozent, unsere Betriebe mussten einen Beschäftigungsabbau von 5,6 Prozent hinnehmen und konnten 5 Prozent weniger Lehrlinge ausbilden. Und das vor dem Hintergrund, dass das vorletzte Jahr auch schon hundsmiserabel war. Ich kann nur sagen: Nie ging es dem Handwerk so schlecht wie heute! Noch eine ernüchternde Zahl: Seit 1998 ist jeder zehnte Arbeitsplatz im bayerischen Handwerk verloren gegangen. Hinter diesen Zahlen stecken aber Betriebe in Existenznot, entlassene Arbeitnehmer und verzweifelte Unternehmen. Da darf es niemand verwundern, dass der mittelständische Unternehmer, dem das Wasser Oberkante Unterlippe steht, seinen Unmut und seinen Frust auf die Straße trägt.

Und die katastrophale Situation des Handwerks kommt doch nicht von ungefähr! Wenn ein Handwerker so wirtschaften würde, wie der Staat, wäre er längst pleite und vom Markt verschwunden. Während ein schlechter Unternehmer aber Marktanteile verliert, ist es beim Staat genau umgekehrt, die Staatsquote steigt beständig. Geschöpft wird aber dafür dann der Mittelstand, die Fleißigen also, die keine Sozialleistungen erhalten, sondern diese finanzieren. Geschöpft werden die Bodenständigen, die keine Möglichkeit haben, in Steuerparadiese auszuweichen, sondern in der Hölle der deutschen Steuer- und Sozialpolitik schmoren müssen.

Was wir brauchen, was wir fordern, ist eine konsequente Politik für den Standort Deutschland, eine konsequente Politik für den Mittelstand, eine Politik, die endlich wieder Vertrauen schafft bei den Konsumenten ebenso wie bei den Investoren. Wir haben in Deutschland doch Unternehmen mit hervorragender Produkt- und Dienstleistungspalette, innovative und engagierte Unternehmer sowie leistungswillige, hervorragend qualifizierte Fachkräfte. Dieses Potential darf nicht länger durch eine verfehlte Politik verschleudert werden!

Der Vollkasko-Staat ist weder wünschenswert noch finanzierbar. Deshalb unsere Forderung: Die Lohnzusatzkosten müssen runter! Voraussetzung dafür ist, dass der Staat lernt zu sparen. Der Haushalt lässt sich nur über Ausgabensenkungen in Ordnung bringen und zwar bei den konsumtiven Ausgaben, nicht bei den Investitionen.

Steuererhöhungen, wie sie Rot-Grün seit nunmehr fünf Jahren praktizieren, würgen die Wirtschaft ab und führen letztendlich zu weniger Steuern. Es ist doch Rosstäuscherei, Steuererhöhungen hinter so gekünstelten Wortschöpfungen zu verstecken wie „Steuervergünstigungsabbaugesetz“! Tatsache ist: Mit der Dienstwagensteuer und der Kürzung der Eigenheimzulage würden wichtige Handwerksbranchen ins Mark getroffen. Schluss muss auch gemacht werden mit Hütchenspielertricks wie der Ökosteuer, die nur dazu dienen, unter dem Deckmäntelchen der Ökologie den Leuten das Geld aus der Tasche zu ziehen. Diese Ökosteuer hatte doch bislang keinerlei positive Wirkung auf die Umwelt, brachte aber eine Steuermehrbelastung von 60 Mrd. Euro, die ganz besonders den Mittelstand trifft. Uns kann auch keiner weismachen, die öffentliche Hand hätte zu wenig Geld. Es ist nur falsch verteilt. Die Kommunen müssen wieder genügend im Säckel haben, so dass dringend notwendige Investitionen getätigt werden können. Das Handwerk fordert: Runter mit den Steuersätzen! Außerdem muss das Steuersystem endlich vereinfacht werden und vor allem muss Schluss gemacht werden mit dem Steuerwahnsinn, der dazu führt, dass derjenige am wenigsten Steuern zahlt, der sich den besten Steuerberater leisten kann.

Der handwerkliche Mittelstand will am Standort Deutschland Leistung bringen. Wir wollen beitragen zu Wachstum und Beschäftigung, aber als selbständige Unternehmer, die sich an diesem Standort wohl und willkommen fühlen, nicht als lebenslang zu diesem Standort Verurteilte.